DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember 12/2001

Nein zum Generalverdacht gegen Jeden

Die aktuelle politische Situation und wichtige Fragen der Arbeit und Entwicklung des Landesverbandes standen im Mittelpunkt der Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA vom 27. Oktober und 05. November.

Hier Auszüge aus dem vom Kameraden Raimund Gaebelein gegebenen Bericht des Landesvorstandes:

"(...) Dem Anschlag vom 11. September auf New York fielen mehr als 5.000 Menschen zum Opfer, dazu 20% der Bürofläche von Weltkonzernen und 15% ihrer Aktienbestände. Trittbrettfahrer nutzen die Gelegenheit, die Angst der Menschen mit Drohungen und Anschlägen zu verstärken. Giftbriefe machen die Runde und forderten bereits Todesopfer. Ihre Urheber bleiben im Dunkel. Das Klima der Unsicherheit und Angst führt zu Ausschreitungen gegen Minderheiten. Wir müssen nur einmal das Fernsehprogramm überfliegen, um zu sehen, wie die Notwendigkeit zur Verteidigung der westlichen Freiheit gegen das Böse sich bis ins Unterhaltungsprogramm auswirkt. Im gleichen Atemzug wird die demokratische Opposition verunglimpft, wenn sie zur Besonnenheit mahnt. Im gleichen Atemzug wird die Gelegenheit genutzt, Hindernisse in der Verfassung auszuräumen, die einer weltweiten Expansion im Wege stehen.

Die Bremer Bürgerschaft hat in Anknüpfung an Otto Schilys Sicherheitspaket II gerade beschlossen, den Weg freizugeben für die Rasterfahndung. Nach den Erfahrungen der Terroristenjagd in den Siebzigern ist bekannt, wie vordergründig solche Kriterien zur Fahndung sind. In Kauf genommen wird dabei die Überwachung von unzähligen Unverdächtigen. Einen wirksamen Schutz gegen die Generalverdächtigung gibt es kaum. Auf dem Personalausweis sollen neben einem Hologramm des Ausweisinhabers Fingerabdruck und Irisprofil verzeichnet werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der informationellen Selbstbestimmung wird zur Makulatur. In der Union denken schon jetzt viele laut darüber nach, ob es nicht einen Weg zur Verschwiegenheit von Polizei und Militär, von Geheimdiensten und Ermittlungsarbeit geben kann. Der Verfassungsschutz soll Einsicht erhalten in Banküberweisungen und Reisebuchungen, Post- und Telefonempfänger, der Bürger auch ohne konkreten Verdacht oder überhaupt einen konkreten Anlass durchleuchtet werden, ganz ohne richterliche Weisung. Die Beweisumkehr bei Verdächtigungen hat eingesetzt. Die Neuauflage der Kronzeugenregelung wird zum Versorgungspaket für Schnüffler und Spitzel.

Dennoch wäre es falsch, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, die Verfassung und das Gesetz brauche man nicht zu verteidigen. Jede Einschränkung bürgerlicher Grundfreiheiten ebnet den Weg zu einem autoritären Staat, der in seinen Bürgern nur willenlose Befehlsempfänger sieht. Auch wenn die Auseinandersetzung um jedes Stück Recht mühsam und oft vergeblich zu sein scheint, auf dem Wege der Verteidigung jedes einzelnen dieser Rechte wächst das Bewusstsein, dass es nicht richtig sein kann, staatliche Interessen oder die einer herrschenden Klasse über das allgemeine Recht aller zu setzen (...).

Die Mitglieder der VVN-BdA bei der nicht beschlussfähigen LMK am 27.10.2001

Erinnerungsarbeit zu den Gedenktagen, bei Ausstellungen und Rundgängen wird verbunden mit aktuellen Fragen. Wir konnten im letzten Jahr eine Reihe von Sprechern und Künstlern für die Veranstaltungen gewinnen, das Begleitprogramm für unsere Ausstellung im Frühjahr hat mit Vorträgen und Filmdiskussionen sehr unterschiedliche Kreise erreicht. Auf dieser Grundlage sollen wir im kommenden Februar zwei Ausstellungen zeigen: in der Villa Ichon die Ausstellung zum Wirken des Nationalkomitees Freies Deutschland mit einem anregenden Begleitprogramm und als zweites die Neofaschismusausstellung in Brinkum und nach Möglichkeit im Bürgerhaus Vahr. Im Grunde ist es nur ein Auftakt für kommende Aktivitäten zur Zurückdrängung der rechten Kräfte im folgenden Jahr. Kreativität und persönliches Engagement ist gefragt, und frische Kräfte höchst willkommen."

Hohes Lob erhielt der vom Kameraden Friedel Becker vorgelegte Kassenbericht. Gedankt wurde ihm, der nach nunmehr 14 jährigen Tätigkeit als Landeskassierer auf eigenen Wusch aus dieser Funktion ausscheidet. Landesvorstand und Kassierer wurden im Ergebnis der Diskussion einstimmig entlastet.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Was folgte auf die Nachkriegszeit?

Kanzler Schröder hatte kürzlich erklärt: „Die Nachkriegszeit ist beendet." Was soll das heißen? Stehen wir vor einem neuen Krieg? Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen, hieß es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Doch von deutschem Boden starteten schon wieder Bombenflugzeuge, und deutsche Truppen sind schon wieder an Kriegshandlungen beteiligt, wenn auch weit ab von der deutschen Grenze. Und das sogar unter einer SPD-geführten Regierung. Am Ende des Zweiten Weltkrieges lautete die Grundstimmung der Menschen in Deutschland und allen von der Nazi-Wehrmacht überfallenen Ländern: „Nie wieder Faschismus und Krieg." Dr. Konrad Adenauer erklärte sogar auf dem ersten CDU-Parteitag, 1946, in Köln: „Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen (...) Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel."

Genau 55 Jahre später darf doch wohl die Frage erlaubt sein: Wo ist denn die Verwirklichung dieses Versprechens? Er und seine politischen Nachfolger können keinen Nachweis dafür erbringen. Das genaue Gegenteil war bis zur Gegenwart ihre politische Praxis. Tiefbraune Nazis, die bereits unter Hitler Karriere machten, wurden unter Adenauer geduldet, in die CDU/CSU aufgenommen. Dort machten sie wider Karriere bis in die höchsten Partei- und Staatsämter.

Der Pläneмacher für die KZs, Dr. Heinrich Lübke, wurde sogar von Adenauer zum Bundespräsidenten vorgeschlagen und von der CDU/CSU gewählt. Der Jurist, Dr. Kurt Georg Kiesinger, seit 1933 Mitglied der NSdAP, brachte es zum Kanzler der ersten großen Koalition der BRD, getragen von CDU/CSU und SPD.

Während Nazis und Neonazis in der Nachkriegszeit geduldet und gefördert wurden, hatte Adenauer gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) einen Verbotsantrag gestellt. Die stark zunehmenden Proteste im In- und Ausland, sowie die Tatsache, dass ein Richter bereits unter Hitler Urteile gegen Antifaschisten verkündete, führte dazu, dass der Prozess eingestellt werden musste.

Die VVN-BdA gilt nach wie vor als extremistisch, und wird wie eine neonazistischen Organisationen überwacht. Was soll man also von einer solchen Nachkriegspolitik halten? Weder von Seiten der SPD-Spitzen und schon gar nicht von CDU/CSU und FDP gibt es eine Entschuldigung für das Agieren Adenauers und seine Nachfolger bis zur gegenwärtigen CDU-Vorsitzenden Angelika Merkel.

Und das wollen gute Christen sein? Sie sind wirklich „Nachfolge-Politiker" und nicht die PDS!

Alois

Fortsetzung von Seite 1

Der in der August-Nummer des BAF veröffentlichte Antrag auf Änderung der seit März 1991 gültigen Satzung der Landesorganisation wurde einmütig angenommen.

Widergewählt wurden einstimmig zum ersten Vorsitzenden Kamerad Raimund Gaebelein und zur stellvertretenden Vorsitzenden Kameradin Regine Albrecht. Dazu wurden sieben weitere Kameradinnen und Kameraden in den Landes- bzw. Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Gewählt wurde auch eine vierköpfige Revisionskommission. Als Vertreter der Bremer Organisation im Bundesausschuss wurden Raimund Gaebelein und Regine Albrecht gewählt.

Einer Empfehlung der Konferenz vom 27. Oktober folgend, wandte sich der Geschäftsführende Vorstand mit einem offenen Brief an den Senator des Inneren und an die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft.

An beiden Konferenzen nahmen insgesamt 41 Kameradinnen und Kameraden teil.

Der Landesvorstand

Krieg mit geächteten Waffen

Die Terrorangriffe vom 11. September wurden allgemein verurteilt. Ich möchte hier noch einmal zum Ausdruck bringen, die Bombenangriffe der US-Amerikaner auf Kabul und andere Städte in Afghanistan verurteile ich ebenso. Die US-Amerikanische Luftwaffe wendet bei ihren Bombenangriffen Waffen an, die 1997 international geächtet wurden. Es werden Antipersonenbomben eingesetzt, die sehr gefährlich sind, denn sie enthalten 94 kleine Minen, die sich nach dem Abwurf lösen und auf der Erde verteilen. Ebenso werden die gefürchteten Splitterbomben abgeworfen. Sie sind für die Bevölkerung gefährlich, weil sie erst explodieren, wenn sie berührt werden.

Es ist nach meiner Meinung unmenschlich, diese international geächteten Bomben zum Einsatz zu bringen. Bei den Bombardements wurden ja nicht nur die Taliban getroffen, sondern vielmehr waren Häuser, Krankenhäuser und Lebensmittellager das Ziel. Das wurde inzwischen auch von der Militärführung der USA bestätigt.

Der pakistanische Präsident Musharraf hat schon vor Wochen der US-Außenminister Powell darum gebeten, die Bombenangriffe sofort zu beenden. Jetzt drängt er auf ein Ende der Militäraktion, da der islamische Fastenmonat Ramadan im November beginnt. Antwort von Powell:
"Ob ein Feldzug auch im Ramadan weitergehen werde, werde aufgrund militärischer und nicht diplomatischer Überlegungen gefällt." Das ist zynisch. Nicht nur Musharraf verurteilt die Bombenangriffe, sondern auch viele arabische Länder haben sich dazu ebenso geäußert. Der Unmut wächst! Die US-Amerikanische Führung sollte sich gut überlegen, ob es so weiter gehen kann!

Ingeborg Breidbach

Nicht zum Teil des Bösen werden

"Natürlich war der Gedenkgottesdienst der richtige Zeitpunkt, um wirklich innezuhalten und über all die nachzudenken, die auf so tragische Weise ums Leben gekommen waren (...) Als ich dann über den einen Satz im Gebet nachdenke (‚wir müssen so handeln, dass wir nicht zum Teil des Bösen werden, das wir ablehnen' - R.G.), sagte ich mir, 'du weißt, dass es richtig ist mit Nein zu stimmen (...) wir wollen nicht, dass sich der Kreislauf der Gewalt fortsetzt (...)

Zumindest sollten wir wissen, welches Land wir angreifen wollen und darüber mitentscheiden können. Wir sollten wissen, wie wir da wieder raus kommen (...) Wir wollen die Demokratie erhalten, besonders in einer Krisensituation, und wir wollen die Bürgerrechte erhalten und wir wissen und verstehen, dass sie gegen die öffentliche Sicherheit abgewogen werden müssen (...) Ich wünschte, die Presse würde dem Abbau der Verfassung mehr Aufmerksamkeit widmen und dem Abgrund, auf den wir zugehen, wenn wir das Recht des Kongresses aufgeben darüber zu reden, wann und wie und wo wir in den Krieg gehen (...)"

aus einem Interview mit der Abgeordneten im US-Kongress Barbara Lee am 19.9.2001, ins Deutsche übersetzt von **Raimund Gaebelein**

Erst Soldat wider Willen, dann Deserteur

Johann Gottfried Seume kommt in Posern bei Weißenfels am 29. Januar 1763 als erstes von fünf Kindern zur Welt. 1781 beginnt er ein Theologiestudium in Leipzig, doch er gerät bald in eine religiöse Krise. 1781 flieht Seume, um in Metz auf die Artillerieschule zu gehen. In Vacha bei Erfurt wird Seume von den berüchtigten hessischen Werbern aufgegriffen, um in englischem Sold gegen die aufständischen Amerikaner zu kämpfen. Auf der Rückfahrt 1783 von Amerika desertiert Seume in Bremen, da der dubiose hessische Landgraf Friedrich II. die Truppe an die Preußen weiterverkaufen wollte. *"...auf und davon, am Ufer hin, über die Brücke weg, in die Altstadt hinein. Ein guter alter Spießbürger mochte mir doch wohl einige Verwirrung ansehen; er kam freundlich zu mir und fragte: 'Freund! Ihr seid wohl ein hessischer Deserteur?' Und wenn ich denn einer wäre? sagte ich: Da muß ich Euch sagen, unser Magistrat hat Kartell mit 'em Landgrafen' ".*

Der Bremer zeigte Zivilcourage und fand Verstärkung, setzt sein Bremer Verleger G. J. Göschen den Bericht nach Seumes Tod am 13. Juni 1810 fort: *"Das gutmütige Volk der guten Stadt Bremen drängte sich als eine Schutzwehr um Seume herum und schob gewissermaßen den Fremdling hülfreich zum nächsten Tore hinaus".* Nicht in die Altstadt wird Seume geflohen sein, sondern in die Neustadt, da der Truppentransporter mit Sicherheit an der Schlachte gelegen haben wird. Und direkt hinter der Schlachte begann schon die Altstadt. Doch er wird von Preußen eingefangen und nach Emden verschleppt. Erst vier Jahre später und nach mehreren vergeblichen Fluchtversuchen wird er gegen Kaution freigelassen. Gäbe es seinen Reisebericht «Spaziergang nach Syrakus aus dem Jahre 1802» nicht, Johann Gottfried Seume wäre wahrscheinlich nur einigen wenigen Literaturwissenschaftlern und Historikern bekannt. Ein Gedenkstein am Werderufer bei der kleinen Weser erinnert an den Spätaufklärer, Literaten, Soldaten und Deserteur. Denn dort auf der Vorderseite der Stele kann man Seume auf einer Plakette ruhig gen Neustadt blicken sehen. Auf der Rückseite ist vermerkt: *"1763 wurde der Dichter auf seiner Flucht von Bremer Bürgern gerettet".* Das Denkmal für den Deserteur wurde 1964 unweit des Platzes aufgestellt, an dem der Heimatdichter Hermann Allmers 1863 das Original der Plakette an einem Gebäude des städtischen Bauhofs anbringen ließ.

Das Konterfei von Johann Gottfried Seume

Die Initiative «Bremische Freiheit für Deserteure» hat im Mai 2001 das Seume-Denkmal an der Kleinen Weser auf eigene Kosten reinigen lassen. Das Bremer Hochbaumanagement (BreHoch) habe sich außerstande gesehen, die Finanzierung zu übernehmen. Die Initiative setzt sich dafür ein, dass Bremen Deserteuren eine Zuflucht gewährt.

In Woltmershausen ziert Seumes Name eine Straße. Das Namensschild wurde am 16. Juli von der Pusdorfer Friedensgruppe ergänzt. Sie brachte dort provisorisch ein zusätzliches Schild an, das ebenfalls auf Seumes Desertion und seine Unterstützung durch die Bremer erinnert. Bei der Enthüllung des Pappschildes wies der Sprecher der Friedensgruppe, Joachim Fischer, darauf hin, dass es lobenswert sei, Deserteuren zu helfen: *"Deserteure streuen Sand in das Getriebe von Kriegen. Ihnen zu helfen ist ein aktiver Friedensdienst".* Die Pusdorfer Friedensgruppe schließt sich der Forderung der Initiative "Bremische Freiheit für Deserteure" an. Bremen solle zumindest eine begrenzte Zahl von ihnen aufnehmen und für deren Unterhalt aufkommen. *"Andere Städte wie zum Beispiel Göttingen, Münster, Rostock und jüngst Offenbach haben entsprechende Beschlüsse bereits gefasst"* erläutert Fischer. Die Pusdorfer Friedensgruppe hofft, dass Bremen dem guten Beispiel dieser Städte bald folgt. Um dieses Anliegen in der Öffentlichkeit präsent zu halten, hat die Initiative beim Amt für Straßen und Verkehr ein dauerhaftes Zusatzschild beantragt.

Gerold

Disziplinarstrafe wegen "Anständigkeit"

Nun hat es Ralf Beduhn, Lehrer an der KGS Weyhe-Leeste, schriftlich. 100 DM Strafe wegen konsequentem Antifaschismus. Die Bezirksregierung Hannover, in Person der Regierungspräsidentin Kruse (SPD), hat bei ihm eine ‚schuldhafte Verletzung der Dienstpflichten' festgestellt und ihm die Geldstrafe auferlegt. Wir haben im April-BAF schon einmal darüber berichtet.

Es werden ihm hauptsächlich zwei Vorwürfe gemacht: Zum einen habe er einen vor Ort bekannten Neonazi während einer Schulveranstaltung rausgeschmissen und zum zweiten habe er sich für ein Flugblatt zu verantworten, das sich 'unsachlich, aggressiv und polemisch' mit Rechtextremismus befasse und somit gegen das 'Mäßigungsgebot' verstoßen. Es handelt sich bei dem Neonazi um ein Mitglied der militanten NPD-nahen Kleingruppe "Freien Nationalisten Weyhe". Gerade zu Zeiten eines angestrebten NPD-Verbotes ist ein derartiges Verhalten staatlicherseits mehr als unverständlich. Das Ralf Beduhn gegen diese unsinnige Disziplinarstrafe Widerspruch eingelegt hat, ist selbstverständlich. Nun kann wenigstens das niedersächsische Kultusministerium, das jetzt zuständig ist, ausreichend Intelligenz beweisen. Ihm sollte die uneingeschränkte Solidarität aller zuteil werden, die es wirklich ernst mit der Demokratie meinen.

Der GEW-Landesvorsitzende Thorsten Post machte schon im Frühjahr deutlich wie unsinnig die Behauptung sei "dass er [Beduhn] mit dem Verweis eines bekannten Rechtsradikalen aus einer Schulveranstaltung gegen das Toleranzgebot verstoßen habe. Dies ist nicht nur eine falsche und unkritische, sondern auch höchst gefährliche Interpretation. Es sei noch einmal deutlich gesagt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen."

Die GEW wurde vom eigenen Kreisverband Diepholz beauftragt, Beduhn für das Bundesverdienstkreuz vorzuschlagen. Es sollten Antifaschisten gewürdigt werden und nicht Alt-Faschisten à la Heinz Eckhoff (Stade).

Am 25. Oktober bekam die Antifa-AG der KGS Weyhe-Leeste den mit 2.000 DM dotierten Courage-Preis der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Gerold (AG Neofaschismus)

Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht

Die Rede von Hartmut Drewes vor dem Hauptbahnhof am 09. November im Namen der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, dem Bremer Friedensforum, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der Lidice-Initiative, den Pastorinnen und Pastoren des Bremer Westens und dem VVN-Bund der Antifaschisten:

"In einer Stunde werden Parlamentarier und Bürger Bremens am Mahnmal in der Dechanatsstraße der heute vor 63 Jahren in Bremen ermordeten Juden gedenken. Heute vor 63 Jahren zündeten SA-Leute die Synagogen an. Sie schändeten die Stätten des jüdischen Glaubens. Sie drangen in der Nacht in die Wohnungen der Juden ein, zerstörten vieles in ihren Häusern, ermordeten Menschen und nahmen die Männer im Alter zwischen 16 und 60 Jahren fest. Menschen aus Bremen, aus der norddeutschen Umgebung, Menschen in ganz Deutschland. Diese wurden auf Schulhöfen gesammelt, dann am frühen Morgen durch eine schweigende Stadt getrieben und hier in Bremen im Gefängnis in Oslebshausen festgesetzt. Nach einer weiteren Nacht wurden diese Männer in Sonderzügen der Reichsbahn nach Oranienburg gefahren und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Manche erreichten das Lager nicht mehr lebend. Manche wurden dort umgebracht. Für die anderen ging dort der Schrecken weiter. Einer von ihnen lebt heute noch in Bremen, sein Name ist Siegfried Stoppelmann. Er konnte den Holocaust überleben, da seine Eltern damals ihr ganzes Geld dafür ausgegeben hatten, um ihrem Kind die Befreiung aus dem Lager und die Ausreise aus Deutschland zu ermöglichen. Die Eltern selbst wurden später in Auschwitz ermordet. Das geschah im November 1938. 1941, vor 60 Jahren, auch im November, wurden andere, noch in Bremen lebende Juden mit Zügen der Reichsbahn in das Todeslager von Minsk transportiert. Niemand von ihnen kehrte zurück. 1942 wurden die letzten Juden aus Bremen mit Zügen nach Theresienstadt transportiert. Es war ein Zwischenlager auf dem Wege nach Auschwitz.

Die ukrainischen Zwangarbeiter auf dem Osterholzer Friedhof in diesem Jahr. Es ist nicht leicht, wenn das Grab eines Angehörigen so weit entfernt ist.

Das alles hat mit der Geschichte dieses Bahnhofs zu tun, der heute nach seiner Renovierung wieder eingeweiht wird. Es kann nicht sein, dass wir heute, am Gedenktag der Reichspogromnacht vor 63 Jahren, uns nicht dieser Menschen und des Terrors und des Verbrechens, dem sie ausgeliefert wurden, erinnern.

Ich will hier im Namen von sieben Organisationen und Gruppen nicht die Frage bewegen, ob eine Bahnhofseinweihung an einem solchen Tage wie heute überhaupt angebracht ist. Ich will nur sagen, dass wir diese Gedenktage bitter nötig haben, damit die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes gemeinsam dafür sorgen, dass Züge nie wieder dazu missbraucht werden, Menschen in den Terror und in den Tod zu schicken.

Es ist gut, dass zu diesem Zwecke vor einigen Jahren eine Gedenkplatte an dem Bahnhof angebracht worden ist, die auf den Transport von Juden nach Minsk hinweist. Es ist gut so, dass die Deutsche Bahn sich in wenigen Tagen dazu entschlossen hat, an einem Gedenken dieser Verbrechen heute vor den Festlichkeiten für den neu hergerichteten Bahnhof mitzuwirken und die Vorraussetzungen dafür mit zu schaffen.

Gute Fahrt und guten Weg wünschen wir den Zügen, auch den Fliegern, besonders aber den Menschen, die in die Richtung Frieden, Verständigung und Menschenwürde gehen."

Offener Brief der VVN Bremen

Die Landesvereinigung Bremen der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) protestiert gegen die Einführung der Möglichkeit Rasterfahndungen in Bremen durchzuführen. Diese Einführung erlaubt unseren Informationen zufolge eine generelle Ausweitung der verdachtsunabhängigen Fahndung gegen Jedermann.
Die Kriterien können von den gewählten Volksvertretern nicht konkret bestimmt werden.

Die Rasterfahndung soll ohne richterliche Anordnung ergehen. Der Bürger wird somit einem Generalverdacht ausgesetzt, von dem er sich im Einzelfall mühsam befreien muss. Eine persönliche Mitteilung wenigstens im Nachhinein ist ebenso wenig vorgesehen wie eine Auskunftspflicht der Behörden gegenüber dem Betroffenen. Die Sammlung der persönlichen Daten geschieht ohne Befristung.

Die Daten sollen Auskunft über Bekenntnis, biometrische Daten, sozio-biographische Situation, persönlichen Bekanntenkreis, Einkommensstruktur und gegebenenfalls sogar die Gesundheitsfragen geben dürfen.

Eine Abwägung notwendiger Sicherheitsinteressen von Staat und Gesellschaft mit den bürgerlichen Freiheitsrechten scheint nicht erfolgt zu sein bzw. ist uns nicht bekannt. Es werden ja längst nicht nur eng umrissene Gruppen mit besonderem Status ins Visier genommen.

Der Landesvorstand

Progromnacht

Am 09. November waren wir in einer Klasse der katholischen Schule von St. Johann. Wir haben den sehr aufmerksam zuhörenden Schülern als Zeitzeugen des Dritten Reiches die damaligen Geschehnissen erklärt. Vor allem das von den Nazis verharmlosend "Reichskristallnacht" genannte Pogrom an den Juden vom 09./10. November 1938 war für die Klasse unvorstellbar. Die Bremer Juden verbrachten die erste Nacht in der Ostertorwache. Weitere Juden aus ganz Nordwest-Niedersachsen wurden nach Bremen auf dem Schulhof dieser Schule verschleppt, wo sie in der Kälte draußen waren. Alle Juden in Bremen wurden in den Hof der Zuchtanstalt Oslebshausen verbracht, bevor sie nach Sachsenhausen deportiert wurden.

Willy und Tilla

Ein ‚Richter Gnadenlos' für Bremen?

Viele Bremer würden bleich vor Schreck, wenn sie hörten, dass sich Schills Partei in Bremen zur Wahl stellen sollte. Es soll mittlerweile ein Verantwortlicher nach Bremen geschickt worden sein, der hier den Aufbau der "Partei Rechtsstaatlicher Offensive" forcieren soll. Die Chancen eines Erfolges wie in Hamburg, schätze ich gering ein. Wir haben schließlich einen ‚Knappen' Kuno, der sich der "Inneren Sicherheit" verpflichtet fühlt. Dieser ist, wie sein Vor-Vorgänger, Ralf H. Borttscheller, kompromiss- und gefühllos im Umgang mit Anderen.
Er hat die Gunst der Stunde (So perfide es auch klingt, der 11. September lässt die Herzen der ‚harten Hunde' höher schlagen. Können sie doch jetzt alles durchsetzen, was vorher undenkbar war) genutzt und den ‚gläsernen' Bürger vorangetrieben. Die Rasterfahndung, die seit den Siebzigern als total gescheitert gelten muss, ist jetzt mit der Stimme Bremens wieder möglich. Gerade das Vorgehen von Dr. Kuno Böse hat nur begrenzt mit den Terror-Anschlägen in den USA zu tun. Er selbst will vermehrt eigene Duftmarken setzen, wie z.B. bei seiner Bekanntgabe, Sexualstraftäter härter bestrafen zu wollen. "Diese Leute muss man wegschließen", sagt er. Und nach dem Knast am besten gleich in die Gummizelle. "Ein Risiko, das wir nicht länger hinnehmen dürfen", geifert er. Böse will, dass Voraussetzungen für eine nachträgliche Anordnung der Sicherheitsverwahrung geschaffen werden. Nicht vom Richter bei der Verhandlung, sondern nachträglich, wenn der Häftling nicht pariert. Ähnlich dürfte auch ein Schill denken.

Gerold

Wir sagen NEIN

Wir sind über die grausamen und menschenverachtenden Terroranschläge in den USA empört. Wir trauern um die Toten. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen. Die Täter müssen aufgespürt und vor ein internationales Gericht gestellt werden. Dafür sind die Vereinten Nationen zuständig. Es darf keinen militärischen Rachefeldzug gegen irgendein Land geben, weil der sich immer auch gegen die Zivilbevölkerung richtet. Wir warnen vor einer Aufspaltung in eine "zivilisierte" und eine "unzivilisierte" Welt. Das würde die Gräben nur noch weiter vertiefen.

Ein neuer Krieg vergrößert das Leid unschuldiger Menschen, bringt neuen Hass und neuen Terror hervor. Krieg kann keine Konflikte lösen. Terrorismus lässt sich nicht durch Krieg bekämpfen. Dem Terrorismus muss der wirtschaftliche, soziale, politische und ideologische Nährboden entzogen werden, auf dem er gedeiht. Kein Raketenabwehrsystem, keine noch so gut gerüstete Armee und keine noch so großen inneren Sicherheitsmaßnahmen werden uns vor solchen Anschlägen schützen können. Mehr Sicherheit erreichen wir nur durch Abrüstung, die Stärkung des internationalen Rechts und durch mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Welt. Lassen wir nicht zu, dass in unserer Gesellschaft das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen zerstört wird. Lassen wir nicht zu, dass in der Bundesrepublik unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung immer mehr Grund- und Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Wir sagen NEIN zum Militärfeldzug der USA. Wir sagen NEIN zu einem militärischen Einsatz der Bundeswehr. Wir verlangen, dass Konflikte ohne Krieg gelöst werden. Wir müssen eine neue Spaltung der Welt verhindern.

Dr. Peter Strutynski, Kassel (für die Aktionskonferenz der Friedensbewegung)

Was sollen die Fragen?

Am 02. August kam Rose Ntsri am Bremer Flughafen mit einem Touristenvisum an. Ihr "Pech" war, dass sie aus Ghana kam. Während Deutsche und türkische Reisende schnell passieren konnten, wurde ihr Pass mehr als zweifelnd gemustert. Der BGS-Beamte fragte sie mehrmals, ob sie Rose Ntsri sei und vom wem sie eingeladen wurde.

Eine Einladung verlangt das Auswärtige Amt von vielen Bürgern ärmerer Länder. Immer ärgerlicher werdend verwies sie auf ihr Dokument: *"Beides steht auf dem Visum, was sollen die Fragen."*

Der Beamte gab sich damit nicht zufrieden. Wer sie abhole, wollte er wissen. Als die Freunde gekommen waren, sprach der ‚Volksdiener' nur Deutsch. *"Ich konnte nicht verstehen, was über mich gesprochen wurde ..."* so die Ghanaerin. Einer der Freunde sagt ihr, dass sie sich ausweisen sollten, dies aber gar nicht einsahen. Die Lautstärke des Gespräches rief die Aufmerksamkeit von Passanten und eines weiteren Beamten hervor. Dieser beratschlagte sich kurz und sorgte dafür, dass Rose Ntsri der Pass zurückzugeben und nicht weiter auf den Ausweis der deutschen Freundin bestanden wurde.

"Ich bin mit gültigen Papieren in Bremen gelandet, der Beamte hatte keinerlei Recht, die Anwesenheit der Einladenden zu überprüfen" beschwert sich Ntsri. Wären die Freunde nicht am Flughafen gewesen, wäre Rose Ntsri "festgesetzt" worden, berichtet Felix Quadflieg, einer der Freunde, "das ist Freiheitsberaubung."
Pikanterweise zahlte das Kulturreferat des Auswärtigen Amtes die Hälfte der 1.700 Mark, die Rose Ntris Flug nach Deutschland gekostet hat. Die Ghanaerin zeigt auf drei Ausstellungen in Norddeutschland ihre Batik-Kunst. Ntsri will älteren Dorffrauen durch Kunstgewerbe zu eigenen Einkommen verhelfen.

Gerold (aus der taz vom 10.09.01)

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Geb.-Datum _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Uraufführung Koloman Wallisch Kantate

Als der Stückeschreiber Bertolt Brecht 1947 aus dem Exil zurückkehrte, hatte er die Koloman Wallisch Kantate im Reisegepäck. Ihre ersten Verse waren von ihm 1934 verfasst worden. Brecht zeichnet darin die Geschichte des sozialdemokratischen Abgeordneten und Arbeitersekretärs Koloman Wallisch nach, unter dessen Führung die Arbeiter von Bruck an der Mur in Österreich am 12. Februar 1934 in den Kampf gehen, als der faschistische Innenminister Emil Fey "das große Aufräumen" mit der österreichischen Arbeiterbewegung androht. Der Widerstand gegen faschistische Heimwehr-Banden, Regierung und Militär kann gebrochen werden, die Arbeiter unterliegen, Koloman Wallisch wird von seinesgleichen an die Oberen verraten und am 19. Februar 1934 gehängt.
Es sind Kinder und Jugendliche aus Bremen, Hamburg und Niedersachsen, die sich zusammen mit der Agitpropgruppe "Roter Pfeffer" und einem zwölfköpfigen Orchester erstmals an die Bühneneinrichtung von Brechts weitgehend unbekannter Kantate gewagt haben, weil sie ihnen Mut gemacht hat. Auch den Mut, damit Fragen aufwerfen zu wollen, die momentan nicht in Mode sind: Soll man kämpfen, ohne die Sicherheit zu siegen? Ist alles zu Ende, wenn man verloren hat? Kann aus Niederlage Sieg entstehen?

Die Schirmherrschaft hat Hanne Hiob übernommen, Tochter von Bertolt Brecht, für die künstlerische Beratung steht Manfred Wekwerth zur Verfügung, Regieschüler Brechts und langjähriger Intendant des Berliner Ensemble.

Die Uraufführung findet statt am 03. Dezember um 20:00 Uhr im Schauspielhaus des Bremer Theaters am Goetheplatz. Karten gibt es im Vorverkauf zu 10,- DM (erm. 5,- DM).

Stadtgeschichte

Die Arbeitsgemeinschaft "Stadtgeschichte Bremer Neustadt" bereitet seit zwei Jahren eine Ausstellung mit dem Titel "Jüdisches Leben in der Bremer Neustadt während der NS-Zeit" vor. Diese Ausstellung ist vom 05. bis zum 23. November in der St.-Pauli-Gemeinde, Große Krankenstraße 11, zu sehen. Am 05. November wurde die Ausstellung, die sich mit den Chroniken der Familien Grünberg, Zwieniecki, Dahn und Rotschild beschäftigt, von Bürgermeister Henning Scherf eröffnet. Umrahmt wurde die Eröffnung von jüdischen Liedern und einem Theaterstück der Klasse 6a von der Schule am Leibnitzplatz. Es war eine sehr eindrucksvolle Eröffnung. Der Arbeitsgruppe gelang es, Kontakt zu Mitgliedern der jüdischen Familien, die damals in der Neustadt lebten, aufzunehmen. So gelang es ihnen, den heute in Kalifornien lebenden Dr. Fred Johnson alias Manfred Grünberg ausfindig zu machen. Herr Johnson ist am 08. November nach Bremen gekommen und hat über seine Kindheit in der Neustadt berichtet.

Ingeborg Breidbach

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Dezember 2001

Emmy Mattey	02.12., 90 J.
Waltraud Drygalla	03.12., 75 J.
Anneliese Gumpert	03.12., 79 J.
Frieda Prüser	11.12., 98 J.
Martin Schmidt	11.12., 53 J.
Regine Albrecht	11.12., 48 J.
Willi Gerns	13.12., 71 J.
Paul-Egon Rodewald	23.12., 71 J.
Frieda Schütz	25.12., 65 J.
Armin Fuchs	25.12., 51 J.
Walter Federmann	26.12., 78 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Gastfreundschaft

Wenn Herr K. Gastfreundschaft in Anspruch nahm, ließ er seine Stube, wie er sie antraf, denn er hielt nichts davon, daß Personen ihrer Umgebung den Stempel aufdrückten. Im Gegenteil bemühte sich, sein Wesen so zu ändern, daß es zu der Behausung paßte; allerdings durfte, was er gerade vorhatte, nicht darunter leiden. Wenn Herr K. Gastfreundschaft gewahrte, rückte er mindestens einen Stuhl oder einen Tisch von seinem bisherigen Platz an einen anderen, so auf den Gast eingehend. *«Und es ist besser, ich entscheide, was zu ihm paßt!»* sagt er.

Bert Brecht (Aus: Geschichten von Herrn Keuner)

Mitgliedsbeitrag

Um uns zusätzliche Kosten für persönliche Erinnerungsschreiben zu ersparen, bitten wir die DM-Beiträge bis zum Jahresende zu begleichen. Weiter bitten wir dringend um die Angabe des neuen Euro-Beitrages. Eventuelle Fragen können zu den Bürozeiten unter 382914 oder beim Kassierer unter 562012 geklärt werden. Vielen dank und ein gutes Neues Jahr.

Friedel

Jahresabschluss

Einladung zu unserer Jahresabschlussfeier **am Samstag, 15. Dezember, um 15:00 Uhr**, in der Begegnungsstätte Haferkamp. Die Feier wird untermalt durch das Flötenspiel von Pastorin Ursula Bauer. Der Landesvorstand hofft auf regen Besuch. Gäste sind herzlich willkommen. Die Kostenbeteiligung beträgt 7,- DM. Für Kaffee und Kuchen hoffen wir auf bereitwillige Spenden. Wird Abholen gewünscht, bitte eine Woche vorher im Büro unter 382914 Bescheid geben!

Euer Landesvorstand